

Betreff: Beantwortung Ihrer Fragen

Sehr geehrter Herr Professor Dr. Schipper,

ich möchte mich eingangs für die von Ihnen übermittelten Fragestellungen und Ihr Interesse an den Positionen der SPÖ-Parlamentsfraktion bedanken und werde unsere Vorstellungen nachfolgend – thematisch geordnet – darlegen.

ad 1) Wissenschaftsministerium und Minister

Die von Ihnen angesprochene Zusammenführung der Wirtschaftsagenden und der Wissenschaftskompetenz in einem Ministerium ist sicher problematisch, da kaum ein inhaltlicher Konnex gegeben ist. In praxi wurden jedoch die beiden Kompetenzbereiche getrennt voneinander geführt. Aus sozialdemokratischer Sicht wäre jedoch ein Ressort, indem sämtliche Ausbildungskompetenzen gebündelt sind, weitaus zweckmäßiger.

Eine Bevorzugung der angewandten Forschung ist meines Erachtens mehr durch die Erhöhung der Forschungsprämie als durch budgetäre Maßnahmen gegeben. Auch leistet die FFG Förderungen von rund 100 Millionen Euro pro Jahr an die Universitäten.

Aus meiner Sicht haben sich durch die Zusammenlegung der Wissenschafts- und (angewandter) Forschungskompetenzen bisher kaum feststellbare Effekte ergeben, dies auch dadurch, daß die Abwicklung der angewandten Forschungsförderung durch die Agenturen (FFG, AWS) unverändert geblieben ist.

Die von Ihnen angesprochenen zentralen Problemfelder an den Universitäten sehe ich einerseits in den bisher fehlenden Budgetmitteln und andererseits in den hohen Drop-out Raten. Der erste Punkt konnte durch die Erhöhung des Universitätsbudgets um 1,35 Milliarden Euro für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode gelöst werden. Wichtig für die nächste Legislaturperiode ist aus sozialdemokratischer Sicht auch eine entsprechende Umsetzung der Universitätsfinanzierung nach den Gesichtspunkten der Schaffung von besseren Betreuungsverhältnissen und der Ermöglichung einer besseren Ausstattung der Universitäten.

In dieser Legislaturperiode waren vor allem die von der sozialdemokratischen Fraktion langjährig geforderte Erhöhung der Studienförderung und die Umsetzung dienstrechtlicher

Aufstiegsmöglichkeiten für sämtliche Lehrende an den Universitäten – neben der bereits erwähnten Budgeterhöhung - von zentraler Bedeutung.

ad 2) Universitätskarrieren und Wissenschaftsnachwuchs

Das von Ihnen angesprochene Faculty-Modell ist ein zentraler Forderungspunkt der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion, ebenso wie die Umsetzung von inneruniversitären Demokratie und Partizipation.

In der letzten Legislaturperiode ist es vor allem gelungen dienstrechtliche Aufstiegsmöglichkeiten (Qualifizierungsvereinbarung neu, vereinfachtes Berufungsverfahren neu) in das Universitätsgesetz aufzunehmen. Für die nächsten Jahre wird es wichtig sein, die Umsetzung dieser Maßnahmen einzufordern sowie gegebenenfalls die gesetzlichen Regelungen entsprechend nachzubessern.

Dem erwähnten Brain-Drain wird aus meiner Sicht sowohl durch die Erhöhung der Universitätsbudgets als auch durch die neuen Möglichkeiten der Karriereplanung entgegengewirkt. Auch hier bedarf es eines Beobachtungszeitraumes zur Evaluierung dieser Maßnahmen.

ad 3) Zukünftige Strukturen der Hochschul- und Forschungslandschaft

Die budgetäre Ausstattung der außeruniversitären Forschung ist in dieser Legislaturperiode stark geprägt durch eine Schwerpunktsetzung der jeweils zuständigen Ressorts (BMVIT und BMWFW). Aus sozialdemokratischer Sicht sind diesbezüglich die Initiativen zur Förderung von Start-ups und die Schaffung von Forschungsprofessuren in innovativen Bereichen hervorzuheben.

Hinsichtlich der Anzahl von Universitäten und Fakultäten begrüße ich die Schaffung jedes einzelnen Studienplatzes, dies natürlich mit dem Wissen, dass hierbei auch immer föderale Überlegungen eine Rolle spielen.

Betreffend die von Ihnen angesprochenen Privatuniversitäten scheint es mir wichtig, dass öffentliche Universitäten keine Geldmittel in Form von Risikokapital in Privatuniversitäten einbringen. Dies widerspricht auch dem Inhalt der jeweiligen Leistungsvereinbarungen.

Aus heutiger Sicht führt – mangels entsprechender Einwerbung von privaten Drittmitteln durch die Universitäten – kein Weg an einer staatlichen Finanzierung der Universitäten vorbei. Diese Finanzierung wurde mit der letzten UG-Novelle um 1,35 Milliarden Euro pro

Leistungsvereinbarungsperiode erhöht. Die konkrete Umsetzung der Studienplatzfinanzierung ist meines Erachtens zentral an der Erhöhung der Betreuungsverhältnisse und damit an der Beschäftigung von Lehrpersonal zu orientieren.

ad 4) Lehre

Wie Sie meinen bisherigen Ausführungen entnehmen konnten steht für die sozialdemokratische Parlamentsfraktion die Qualität der Lehre im Mittelpunkt unserer Überlegungen. Dabei spielt die Durchlässigkeit der Systeme sowohl an den Universitäten als auch zwischen den Universitäten und Fachhochschulen eine ganz zentrale Rolle, wobei diese Durchlässigkeit nicht durch eine Einschränkung in der Universitätsautonomie, sondern durch eine Harmonisierung der Abschlüsse und Zugangsvoraussetzungen für das Masterstudium erreicht werden soll.

Ich hoffe mit dieser Beantwortung der Fragen des UniversitätslehrerInnenverbandes einen Überblick über die wissenschaftspolitischen Positionen der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion gegeben zu haben und stehe Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit besten Grüßen

Mag. Andrea Kuntzl